

Der eine oder andere von Ihnen weiß, dass ich mich mit diesem Thema 25 Jahre im Landtag beschäftigt habe und deshalb, Herr Kollege von der SPD, vielleicht auch ein bisschen Ahnung davon habe. Selbst in meiner Zeit als Finanzminister habe ich das Thema durchaus verfolgt.

Ich möchte nur zu einer kleinen Bemerkung von Herrn Priggen Stellung nehmen. Sie hatten in Ihrer Rede so einen kleinen Schlenker, dass sich die Aachener Region gegen solche Abenteuer zu wehren wüsste. Ich wollte Ihnen sagen: Diese Landesregierung plant dort keine Abenteuer. Mit einem 15-Millionen-Forschungsprogramm in Sachen – ich lese es noch einmal vor – „Nutzung von Hochtemperaturprozesswärme in Verbindung mit nuklearer Kraftwerkstechnik“ können Sie auch keine Sachen machen, die irgendwie nach Abenteuer aussehen. Das wollte ich nur noch einmal sehr deutlich machen.

(Beifall von Angela Freimuth [FDP])

Aber dies ist eine weltweite Entwicklung, die Sie ja auch verfolgen. Ich glaube, wir würden uns versündigen, wenn wir als große Forschungsnation und wir als großes Land an dieser Entwicklung nicht forschend teilnehmen würden.

(Beifall von der FDP)

Sie hatten ja – wie ich anerkennend, wenn ich mir das erlauben darf, sagen möchte – zur Forschung durchaus sehr versöhnliche Worte gefunden. Und dafür danke ich Ihnen.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Finanzminister. – Für die FDP spricht nun Herr Ellerbrock.

Holger Ellerbrock (FDP): Die Position für die FDP hat mein Kollege Dietmar Brockes dargelegt. Aber Kollege Stinka, Sie sollten keine Politik mit der Angst der Menschen machen. Sie sagen: Es gab 4.000 meldepflichtige Ereignisse. – Ich will jetzt nicht behaupten: Ein meldepflichtiges Ereignis liegt schon dann vor, wenn in einem Kernkraftwerk ein Hammer auf den Fuß fällt. – Das ist nicht richtig. Aber ich meine mich erinnern zu können, dass keines dieser in Deutschland meldepflichtigen Ereignisse in der anerkannten internationalen Skala die unterste Stufe überschritten hätte.

Sie haben eine Achillesferse angesprochen – das ist bei dem Kollegen Priggen genauso gewesen –: Das ist die Endlagerung. Hier haben wir leider viel Zeit verloren, weil es eine rot-grüne Verweigerungshaltung auf der Bundesebene gab, die wir jetzt langsam aufbrechen müssen.

(Beifall von der FDP)

Wichtig ist doch – das müssen wir uns einmal vor Augen führen; deswegen stehe ich einem Forschungsreaktor prinzipiell offen gegenüber, obwohl er momentan nicht geplant ist – die Antwort auf die Frage: Wollen wir es uns als hoch technisiertes, exportorientiertes Land eigentlich leisten, in Zukunft in Kernkraftfragen von den USA, von Russland, von China oder von Indien abhängig zu sein? – Nein! Ich möchte das nicht. Aus diesem Grund lehnen wir diesen Antrag ab. Es ist richtig, dass der Bereich Forschungsreaktoren offengehalten wird. Wir müssen das offengehalten. Das ist die Verantwortung für die Zukunft, und dazu stehen wir. Wir wollen nicht von diesen Ländern abhängig sein.

Nochmals, Kollege Stinka – das war immer die Basis, auf der wir uns unterhalten konnten –: Keine Politik mit der Angst der Menschen! Dass von den 4.000 meldepflichtigen Ereignissen meiner Meinung nach keines die unterste Stufe der internationalen Skala überschritten hat und dass es in der nationalen dreistufigen Skala meiner Meinung nach nur zwei oder drei Ereignisse gab, die in der mittleren Stufe waren – alle anderen waren in der untersten – , das zu sagen, gehört zur Redlichkeit dazu. – Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Ellerbrock. – Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zum Schluss der Debatte.

Die antragstellenden Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen deshalb zur Abstimmung über den Inhalt des **Antrages Drucksache 14/10730**. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind SPD und Grüne. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Damit ist dieser Antrag mit großer Mehrheit **abgelehnt**.

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Hallo!)

– Ach! Enthaltung?

(Rüdiger Sagel [fraktionslos]: Enthaltung!)

Herr Sagel hat sich enthalten.

Wir kommen zu:

4 Gesetz zur Änderung des Landschaftsgesetzes und des Landesforstgesetzes, des Landeswassergesetzes und des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/10149

Änderungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/10785

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Umwelt und Naturschutz,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Drucksache 14/10729

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/10801

zweite Lesung

Eine Debatte ist nicht vorgesehen. Wir kommen somit direkt zur Abstimmung. Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag abstimmen.

(Allgemeiner Widerspruch – Johannes Remmel [GRÜNE]: Debatte!)

– Dann ist mir das falsch aufgeschrieben worden. Okay. Das ist falsch notiert worden. Entschuldigung! – Dann gebe ich das Wort an Herrn Pick von der CDU.

Clemens Pick (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Der Bundestag hat mit der Föderalismusreform die Gebiete Naturschutz und Landschaftspflege in die konkurrierende Gesetzgebung überführt. Damit dürfen die Länder von ihrer Abweichungskompetenz Gebrauch machen und landeseinheitliche spezifische Regelungen treffen.

Von dieser Abweichungskompetenz machen die Koalitionsfraktionen mit diesem Gesetzentwurf Gebrauch. Wir sind der Auffassung, dass in den Gesetzen, die wir derzeit auf Landesebene haben, gute Regelungen sind, die durch die jetzt eingetretenen Veränderungen nicht verwässert werden sollen. Es soll auch kein Vakuum entstehen, bis die Gesetze in umfänglicher Form novelliert werden können.

Über alle Regelungen, die in diesen Gesetzen und dem Gesetzentwurf stehen, haben wir diskutiert: zum Landschaftsgesetz, zum Landeswassergesetz und zum Landesforstgesetz. Es kommt ausschließlich zu Verbesserungen der Regelungen, die über die Bundesregelungen hinausgehen.

Ich sage ausdrücklich – das ist auch in den Ausschussberatungen so gesagt worden –: Die umfängliche Novellierung der in Rede stehenden Gesetze ist in der nächsten Wahlperiode notwendig. Zwischen der Beschlussfassung zum Bundesnaturschutzgesetz und den Novellierungen, die hier anstehen, war aber nicht ausreichend Zeit, die erforderliche umfangreiche Arbeit zu leisten.

Ich weiß ganz genau, dass uns die Oppositionsfraktionen an der Stelle vorwerfen: Ihr habt eure

Schularbeiten nicht gemacht, ihr habt Zeit gebraucht, das hätte alles längst geschehen können!

(Demonstrativer Beifall von Svenja Schulze und Annette Watermann-Krass [SPD])

– Jawohl, Frau Schulze, das mag so sein. Ich möchte nur daran erinnern: Das Bundesnaturschutzgesetz ist 2002 novelliert worden. Schon damals haben wir immer wieder ausdrücklich gefordert, auch das Landschaftsgesetz zu novellieren. In der letzten Wahlperiode hat Rot-Grün

(Svenja Schulze [SPD]: Schnee von gestern!)

am 20. April 2005 in der vorletzten Landtagssitzung mit einem Fraktionsantrag das Landschaftsgesetz geändert. Sie haben vier Jahre gebraucht, um hier eine Veränderung herbeizuführen. Wir haben zwei oder drei Monate gebraucht – und darin lag noch die Sommerpause –, um das Wichtige zu regeln. Das ist der Unterschied.

Wenn Sie in die alten Protokolle sehen, werden Sie feststellen, dass die FDP damals einen Antrag gestellt und Sie damit auch ein Stück weit gejagt hat. Das macht deutlich, dass Ihr Vorwurf, den Sie sowohl in der Vergangenheit als auch jetzt in der ersten Lesung erhoben haben, voll ins Leere geht.

(Widerspruch von Svenja Schulze [SPD])

Nun zum Inhaltlichen. Was soll in diesem Gesetz erhalten bleiben? Darüber haben wir bei der Novellierung des Landschaftsgesetzes am 20. April 2005 diskutiert. Die Änderungen, die wir damals über Änderungsanträge eingebracht haben, sind in das Landschaftsgesetz eingeflossen und werden jetzt auch ganz bewusst weitergeführt.

Dabei geht es um folgende Punkte: Natur auf Zeit, Leitungsverlegung in Straßen, Unterhaltungsmaßnahmen aufgrund rechtlicher Verpflichtungen, notwendige Unterhaltungsmaßnahmen für die Rheinschifffahrt, Erdwälle für den Lärmschutz an Straßen- und Verkehrsanlagen, Kompensation 1:1, Verwendung von Ersatzgeld, neue Regelungen im integrierten Projektbegriff bei Natura 2000, Einhaltung hoher Standards bei der Wasserversorgung, vor allen Dingen beim Trinkwasser und bei der Trinkwasserqualität, sowie Landesbestimmungen zur Einleitung in öffentliche und private Abwasseranlagen.

Das sind Themen, über die wir in der Vergangenheit zum Teil strittig diskutiert haben, bei denen Sie immer Ihre Ideologie haben durchsetzen wollen und dabei auf Quantität gesetzt haben. Wir haben bei dem neuen Landschaftsgesetz 2007 und auch bei diesem Gesetzentwurf auf Qualität geachtet. Qualität und Sicherung dieser Qualität haben Vorrang vor Quantität. Die Diskussionen, die aufgekommen sind – sowohl in den Ausschüssen als auch hier im Plenum – sind die gleichen wie 2005.

Mit Ihrem Entschließungsantrag haben Sie noch einmal die große Tüte Buntes aufgemacht und dort

alles eingebracht, was Sie glauben, im Bereich des Umweltschutzes – zum Teil unwahr und wider besseres Wissen – einbringen zu müssen. Das ist die alte Platte, die Sie immer gedreht haben, die allmählich einen Sprung bekommt und hoffentlich bald kaputtgeht. Es gibt dort nichts substantiell Neues, was zur Verbesserung des Natur- und Umweltschutzes führen würde. Im Gegenteil, Kollege Remmel: Es wird auf Quantität zurückgefahren – und nicht mehr.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Ihr habt ja auch alles abgebaut! Nennen Sie eine Sache, die verbessert worden ist!)

– Ich habe doch eben alles aufgezeigt! Sie haben das doch in der Vergangenheit gar nicht hinbekommen! Gucken Sie in die Protokolle und lesen Sie die Äußerungen Ihres Kollegen Priggen von vor fünf Jahren, dann werden Sie das erkennen. Das, was Sie in Ihren Entschließungsantrag hineingeschrieben haben, Herr Remmel, haben Sie wie eine Platte immer rundgesagt.

Auch weil meine Redezeit abläuft, noch ein letzter Hinweis zu Ihrem Änderungsantrag „Biosphärenregion“. Dieser Antrag macht es wieder deutlich: Das, was Sie wollen, ist eine Lightversion. Wir brauchen Biosphärenreservate, die im Bundesnaturschutzgesetz geregelt sind. Da gibt es bestimmte Kriterien, die Sie aber wieder unterschreiten wollen. Es geht hier im Wesentlichen um die Vernetzung von Biotopen. Ich will die wichtigsten Punkte kurz nennen. Unter anderem geht es um eine Größenordnung zwischen 30.000 und 50.000 ha. 30.000 ha Minimum! Das können wir in den großen Naturschutzgebieten nur länderübergreifend machen. Das geht in unseren Mittelregionen, die an Rheinland-Pfalz, Hessen und Niedersachsen grenzen. Da können wir das verwirklichen. Also muss das auf Bundesebene geregelt werden, muss das mit Partnern geregelt werden. Die gesetzlichen Voraussetzungen dafür sind da. Darüber ist diskutiert worden.

Das ist noch schwieriger, als einen Nationalpark zu gründen. Es geht nämlich um eine Gliederung in Kern-, Pflege- und Entwicklungszonen. Die Kernzonen müssen mindestens einen Anteil von 3 % haben, die Pflegezonen mindestens 10 %. Kern- und Pflegezonen müssen gemeinsam mindestens 20 % in Naturschutzgebieten haben. Außerdem muss es 50 % Entwicklungszonen geben.

Das muss mit den Menschen im Land diskutiert werden. Die Zeit hatten Sie nicht. Sie bringen hier einen plakativen Änderungsantrag ein, der im Ergebnis substanzlos ist. Deswegen werden wir sowohl Ihren Änderungsantrag als auch den Entschließungsantrag ablehnen. Das ist alles Schnee von gestern. Wir aber brauchen eine zukunfts-trächtige und auf Qualität ausgerichtete Umweltpolitik. Dazu ist Rot-Grün nicht in der Lage – auch

nach fünf Jahren Opposition nicht. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Pick. – Für die SPD spricht nun die Kollegin Schulze.

Svenja Schulze (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Um was geht es in den Gesetzen, die wir hier ändern wollen, eigentlich im Kern? – Im Kern geht es darum, Herr Pick, dass NRW hinter das Recht des Bundes zurückfällt. Wir bekommen weniger Umweltrecht, als der Bund vorgibt, und nicht mehr.

Diese Gesetze bilden wirklich den Schlusspunkt unter fünf verheerende Jahre für Umwelt und Natur und damit auch für die Menschen hier in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie ignorieren die Herausforderungen, die es in der Umweltpolitik heute gibt. Sie haben ein Gesetz fabriziert, zu dem uns schon in der Anhörung gesagt wurde: Das ist reiner Murks. Das muss man sofort nach der Wahl wieder anpacken, weil das nur zu einer Prozessflut, zu Unsicherheiten im Recht führen wird. – Das haben uns die Experten in der Anhörung eindeutig gesagt.

Sie geben das Gesetz in eine Umweltverwaltung, die Sie dermaßen zusammengestrichen haben, dass sie ihre Aufgaben kaum noch wahrnehmen kann. Was Sie in Wirklichkeit wollen, das sind doch weniger ökologische Ausgleichsmaßnahme und weniger Wasserschutz und nicht mehr, Herr Pick, wie Sie das eben dargestellt haben.

Und wozu das alles? Wozu dieser ganze Murks? Wozu diese ganze Hektik, die Sie da jetzt machen? Was soll das eigentlich alles? Ich habe mich wirklich gefragt, wie sich eine Partei, die ein C im Namen führt – ich dachte, das steht für „christlich“ –, so ver-sündigen kann an dem, was wir Schöpfung nennen. Es ist mir vollkommen unklar, warum Sie von der FDP sich zu einer solchen Politik treiben lassen. Ich kann nur davon ausgehen, dass auch Sie in Wirklichkeit so etwas wollen.

(Clemens Pick [CDU]: Sie haben es nicht kapiert!)

Ihnen geht es überhaupt nicht mehr darum, Politik für die Menschen hier in Nordrhein-Westfalen zu betreiben. Was Sie machen, das ist übelste Klientelpolitik. Und was Sie dabei immer vergessen, ist: Es gibt nicht nur die Klientel, die Sie bedienen und die von Ihrer Politik profitiert. Nein, Ihre Politik hat auch andere Folgen. Es gibt schließlich immer auch Leute, die darunter leiden.

Ich will Ihnen ganz konkrete Beispiele zum Stichwort Klientelpolitik aufzeigen, Herr Pick.

Sie schenken den Jägerinnen und Jägern in Nordrhein-Westfalen die Jagdsteuer. Wer muss es am Ende bezahlen? – Die Kommunen und damit die Menschen vor Ort. Die haben dann weniger Geld, und da fehlt es dann ganz konkret.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Ralf Witzel [FDP]: Die kriegen Dienstleistungen dafür! Sie haben es nicht verstanden!)

Sie schenken der privaten Abfallwirtschaft einen neuen Abfallwirtschaftsplan. Und wer muss es am Ende bezahlen? – Das müssen die Menschen in den Kommunen bezahlen, die Müllverbrennungsanlagen mit hohen Umweltstandards haben. Die bezahlen für das, was Sie der Abfallindustrie schenken.

Sie schenken den Landwirten mit dem Landeswassergesetz die Gewässerrandstreifen. Und wer muss dafür zahlen? – Die Wasserversorger und natürlich die Natur, die am Ende wieder zu kurz kommt.

Sie schenken der Großindustrie in Nordrhein-Westfalen das Wasserentnahmeentgelt. Und zahlen müssen am Ende all die, die Geld für den Naturschutz aufbringen müssen.

(Ralf Witzel [FDP]: Es geht um die Verbraucherpreise! Das ist doch Politik für die Menschen!)

Für die Umsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie gibt es nicht mehr genug Geld. Das haben Sie verursacht. Wir müssen nach Mai gucken, wo wir überhaupt noch Geld für den Naturschutz her bekommen.

Meine Damen und Herren, heute sind es noch 60 Tage bis zur Wahl – 60 Tage, bis man CDU und FDP in NRW abwählen kann. Dann ist endlich Schluss mit dieser Klientelpolitik. Das sind die letzten Gesetze, die Sie hier im Umweltbereich ändern werden. Ab dem 9. Mai wird es wieder eine Umweltpolitik für Nordrhein-Westfalen geben. Deswegen bitte ich Sie: Unterstützen Sie den Entschließungsantrag!

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Ralf Witzel [FDP]: Peinlich!)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Frau Schulze. – Herr Ellerbrock hat nun für die FDP das Wort.

Holger Ellerbrock (FDP): Meine Damen und Herren! Ich möchte mit dem letzten Satz meiner vorhergehenden Rede beginnen: Lassen wir es sein, mit der Angst der Menschen Politik zu machen.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Frau Schulze, wecken Sie doch nicht solche Ängste. Das, was Sie hier gesagt haben, ist doch fern jeglicher Realität.

(Norbert Killewald [SPD]: Noch sind die Wähler frei!)

Meine Damen und Herren, uns liegt hier in einem Antrag eine Menge an Gesetzesänderungen vor, über die wir heute abstimmen wollen. Uns wurde ein Entschließungsantrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vorgelegt. Da wir über die anderen Gesetzentwürfe hier schon mehrfach geredet haben, erlaube ich mir, auf diese nicht mehr näher einzugehen. Außerdem hat das, was dazu zu sagen war, mein Kollege Pick schon sehr ausführlich dargestellt. Er ist auch explizit auf den Änderungsantrag hinsichtlich der Biosphärenregionen eingegangen. Ich möchte mich daher nur mit diesem Entschließungsantrag befassen.

„Bilanz schwarz-gelber Umweltpolitik: Nachhaltig versagt“ – meine Damen und Herren, in welchem Horrorszenario waren Sie denn? Sie können doch nicht die ganze Zeit gedopt gewesen sein. Was wir in der Umwelt- und Naturschutzpolitik gemacht haben? Wir haben an den Standards nichts geändert. Wir haben aber eine andere Umgangsform eingeführt. Wir haben nämlich zugehört und nicht vom grünen Schreibtisch aus entschieden. Wir setzen auf Kooperation statt Bevormundung.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Das ist ja was ganz Neues!)

Dies ist doch zuletzt bei der Anhörung zur EG-Wasserrahmenrichtlinie deutlich geworden, in der gesagt worden ist: Jawohl, das ist der richtige Weg. Das müssen, das wollen wir hier weiterführen. Dafür bedanken wir uns ausdrücklich.

(Svenja Schulze [SPD]: Sie haben ein echt selektives Hörvermögen!)

Eine der nächsten Aussagen in dem Entschließungsantrag lautet: „Schutz der Menschen vernachlässigt – Umwelt- und Kontrollbehörden abgebaut“. – Ja, wir haben dem Wunsch der Kommunen stattgegeben, dass normale Standardaufgaben im Bereich der Kontrolle kommunalisiert werden. Sie waren es doch, die das immer gefordert und stets das Hohe Lied der Kommunalisierung gesungen haben. Wir haben durchgesetzt, dass besonders komplexe Genehmigungs- und Aufsichtsverfahren bei den Bezirksregierungen bleiben. Sie wollten am Anfang doch alles kommunalisieren. Das verstehe ich nicht.

Weiter heißt es: „Den Bach runter: Minimalumsetzung der EG-Wasserrahmenrichtlinie“. Wo waren Sie denn bei der Anhörung? Da wurde gesagt: Jawohl, in einem so hoch verdichteten Land wie Nordrhein-Westfalen ist das der richtige Weg.

(Svenja Schulze [SPD]: Dafür haben Sie doch gar kein Geld mehr!)

Wir haben Abstand genommen von Ihrem Alarmismus, der an den Realitäten weit vorbeigeht. Nein, wir haben die Menschen dafür gewonnen, hier mitzuarbeiten. Dafür ist dieser Umweltminister im Land getingelt, hat die Menschen dafür geworben. Und er hat Erfolg gehabt. Die Leute arbeiten gerne mit diesem Instrument. Hervorragend! Dazu kann ich Sie nur beglückwünschen, Herr Uhlenberg.

(Horst Becker [GRÜNE]: Da sind Sie hellwach, wenn Sie gelobt werden!)

Wir haben auch ein bisschen dazu beigetragen. Aber meistens waren Sie draußen. Das war eine vernünftige Sache.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP] – Zuruf von der SPD: Jetzt wird es peinlich!)

Eine weitere Aussage im Entschließungsantrag: „Für die Tonne: Abfallwirtschaftsplan“. Wenn natürlich der Begriff Wettbewerb bei Ihnen stigmatisiert ist, dann kann ich Sie verstehen, Frau Kollegin. Die Anlagen, die Claims hatten, sollen sich jetzt dem Wettbewerb stellen. Wir sind weit von Ihren traumtänzerischen Vorstellungen nach dem Motto „Wünsch dir was“ entfernt. Anlagen werden genehmigt. Anlagen werden kontrolliert. Das geht nach Gesetzen, Verordnungen, Normen und technischen Regelwerken.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Das ist schon immer kontrolliert worden!)

Danach wird eine Anlage genehmigt. Das ist in einem Rechtsstaat so.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Das war schon immer so! Das ist nicht Ihre Wegung so!)

Wenn wir hinsichtlich dieser Anlagen – genauso wie bei Laufzeitverlängerungen von Kernkraftwerken – sagen, dass sie den Sicherheitsstandards entsprechen, dann hat der Unternehmer ein Recht auf Entscheidung und Zulassung.

(Bodo Wißen [SPD]: Wenn er vorher gespendet hat!)

Dann ist das in Ordnung. Natürlich steht es Ihnen zu, sich damit nicht einverstanden zu erklären. Aber dann hätten Sie auch das Bundes-Immissionschutzgesetz in Ihrer Regierungszeit auf Bundesebene ändern können.

(Svenja Schulze [SPD]: Sie sind ein echter Schauspieler!)

Das haben Sie aber nicht getan, weil Sie damals in der Verantwortung standen. Jetzt, als Opposition, groß zu klagen, ohne derzeit und auch zukünftig überhaupt eine Handlungsmöglichkeit zu haben, ist doch nur Brüllerei und Schreierei ohne inhaltlichen Grund.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Das ist es doch, was Sie hier leisten, und zwar nicht nur heute, sondern die ganze Zeit.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Jetzt machen Sie den Staatsschauspieler!)

Ich gehe weiter im Entschließungsantrag: „Baggern ohne Ende: Raubbau Kies und Sand“.

(Bodo Wißen [SPD]: Richtig!)

Produziert wird an Kies und Sand nur das, was auch benötigt wird. Jawohl!

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Sie haben doch keine Ahnung!)

– Ach, Herr Kollege, Sie reden doch wie der Blinde von der Farbe. Haben Sie schon mal ein Kieswerk gesehen, das eine Halde hat und nicht verkauft?

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Ja, natürlich, Herr Kollege!)

Wissen Sie, dass fast 60 % der Kiese und Sande in diesem Raum von der öffentlichen Hand abgenommen werden? Wenn Sie den Mund aufmachen, haben Sie Ahnung, sonst schweigen Sie!

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Schweigen Sie lieber, Herr Kammerschauspieler!)

Zu „Flächenverbrauch stetig erhöht“: Da haben wir die Allianz für die Fläche; das ist eine richtige Sache, an der wir weiter dranbleiben müssen. Da müssen wir uns in der nächsten Legislaturperiode überlegen, ob wir andere Instrumente nehmen können, wie wir die demografische Entwicklung besser erfassen können. Diese Sache werden wir sicher fortführen.

Zu „Wald und Forst verramscht“: Ja, wir haben Teile des Waldes verkauft. Das war eine einmalige Solidaritätsleistung für die Finanzierung des Haushalts.

(Zurufe von der SPD)

Ich persönlich habe bislang noch nie festgestellt: Ist das ein Kommunalwald? Ist das ein Staatswald? Ist das ein Privatwald?

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Nach meinem Staatsverständnis haben wir hier die gleichen rechtlichen Rahmenbedingungen. Sie bauen wieder einen Angstpopanz auf und wollen die Menschen in Unruhe versetzen. Das wird Ihnen nicht gelingen.

Weiter heißt es: Naturschutz zurückgefahren – Nationalparke ein Trauerspiel. – Nein, der Nationalpark Eifel ist eine Erfolgsgeschichte, und bei den anderen in Rede stehenden Parken an der Senne und auch im Siebengebirge haben wir das getan, was wir vertreten: keine Bevormundung vom grünen Tisch aus.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Wir nehmen den Bürger ernst. Die Bürger wollen keinen Nationalpark. Wir haben gesagt: nur im Einvernehmen.

Meine Präsidentin hustet. Das ist für mich das deutliche Zeichen, zum Ende zu kommen.

Frau Kollegin, Sie haben vorhin etwas zur Jagdsteuer gesagt. – Bei der Jagdsteuer wird zum ersten Mal das System deutlich: Die Jäger erbringen eine Dienstleistung für die Allgemeinheit, und das wird honoriert. Leistung muss sich lohnen, und deswegen ist das richtig. – Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU – Lachen von der SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Ellerbrock. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Kollege Remmel.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Mein lieber Scholli! – Norbert Killewald [SPD]: Aber Sie werden deshalb nicht engagiert an der Kleinkunsthöhle, das kann ich Ihnen sagen!)

Johannes Remmel (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist etwas schwierig, in fünf Minuten das komplexe Thema dieses Gesetzentwurfs zugleich mit unserem Änderungsantrag zu besprechen.

(Minister Eckhard Uhlenberg: Das stimmt!)

Deshalb versuche ich es in aller Kürze. Ich bleibe dabei – das hat die Anhörung zu diesem Gesetzentwurf gezeigt –: Das ist ein Gesetzentwurf im Schweinsgalopp, fachlich nicht ausgereift, der zu Verwaltungschaos führen wird. Teilweise ist er sogar verfassungswidrig und letztlich ein Abbau von Umweltstandards, Umweltmöglichkeiten und -entwicklungen in diesem Land.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das ist Ihre Politik, bei der Sie sich zum Schluss noch einmal ein Denkmal für die Politik „Privat vor Staat“ und den Abbau von Umweltstandards in diesem Land setzen wollen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das ist Ausdruck dieses Gesetzes. Ich bin Ihnen dankbar, dass Sie das am Ende der Legislatur noch setzen.

Von der fachlichen Seite muss ich sagen: Werfen Sie es sofort in den Mülleimer! Es bringt für die Umwelt in Nordrhein-Westfalen nichts. Aber Sie machen mit diesem Gesetz die Notwendigkeit deutlich, in der nächsten Legislatur sofort ein Schwarz-Gelb-Bereinigungsgesetz zu machen, um den Unsinn, den Sie die letzten fünf Jahre hier veranstaltet haben, so schnell wie möglich zu beenden.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich sage allerdings auch, das wird nicht sofort zu einer Entwicklung nach oben führen. Wir werden erst einen Konsolidierungskurs einschlagen müssen, weil die letzten fünf Jahre für die Umwelt in Nordrhein-Westfalen verlorene fünf Jahre sind.

Wer Ihnen, Herr Ellerbrock, eben zugehört hat: Dem Minister und allen Kolleginnen und Kollegen der CDU müssten eigentlich die Ohren klingeln, wie genüsslich Sie unseren Entschließungsantrag zitiert und kommentiert haben.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Richtig!)

Es war ja sozusagen frohlockend, es waren Schalmeien, die Sie gesungen haben. Das Lob des Ministers war eine Art Todeskuss.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Ich komme mit dem gut zurecht!)

Der Umweltminister der CDU steht aufgrund Ihrer Politik „Privat vor Staat“ – Sie haben sich in fast allen Fragen durchgesetzt – nach fünf Jahren mit leeren Händen da.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Holger Ellerbrock [FDP]: Er ist ein guter Koalitionspartner! Mit dem will ich das gerne weitermachen! Prima!)

– Das Lob von Ihnen ist ein vergiftetes Lob in Sachen Umweltpolitik. Sie haben die Politik „Privat vor Staat“ durchgesetzt, die Umweltstandards in diesem Land abgebaut, und die CDU musste Ihnen in allen Punkten folgen. Sie haben die Punkte ja selber genannt: Staatswaldverkauf, Abfallwirtschaftsplan – eindeutige Privatisierungsstrategie. Bei der Frage „Raubbau Kies und Sand“ haben Sie sich durchgesetzt. Da ist nämlich im Sinne von Fläche und Landwirtschaft überhaupt nichts passiert.

(Beifall von der SPD – Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: So ist das!)

Sie haben sich durchgesetzt – zulasten der CDU. Die CDU kann in Sachen Umweltpolitik nach fünf Jahren in der Tat nichts vorweisen.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Das stimmt doch nicht! Wir arbeiten zusammen! Das mag für Sie ein Fremdwort sein! – Horst Becker [GRÜNE]: Wie in Berlin!)

– Die Art der Zusammenarbeit merkt man am Ergebnis. Sie diktieren die Inhalte, und die CDU vollzieht.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Dieses Ministerium – das sagen alle Fachleute – hat am Kabinetttisch deutlich an Gewicht verloren. Das sieht man allein an den Zahlen, wie viel 2005 im Haushalt gestanden hat. Gut ein Viertel des Haushaltsumfanges ist verloren gegangen.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Weil Sie 50 Milliarden Schulden in zehn Jahren gemacht haben! – Norbert Killewald [SPD]: Das machen Sie in einem Jahr im Bundeshaushalt!)

Mindestens ein Viertel der Verwaltung ist verloren gegangen. Also die Möglichkeiten, im nachgeordneten Bereich Umweltpolitik zu machen, und zwar Politik aus dem Anspruch heraus, zukünftige Generationen zu schützen, die Ressourcen zu bewahren, die Schöpfung zu bewahren, sind genommen. Der Minister ist nur noch ein halber Minister.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Wieso das denn?)

Das halbe Umweltministerium ist doch im Innenministerium; alle Umweltverwaltungen sind eingegliedert. Herr Minister, sind Sie ein Minister ohne Unterleib. Sie haben im nachgeordneten Bereich eigentlich nichts mehr zu sagen.

(Beifall von der SPD)

Das macht in diesem Land jetzt der Innenminister – ganz klar. Das macht auch die FDP. Die FDP setzt sich also nicht nur inhaltlich durch, sondern auch noch in der Verwaltung wird die Umweltpolitik in diesem Lande von der FDP administriert.

Im Übrigen – das ist das Interessante – sind sich die Umweltverbände mit den Verbänden der Wirtschaft und der Industrie einig,

(Holger Ellerbrock [FDP]: Noch nie gab es einen so guten Umweltschutz!)

dass diese Verwaltungsreform – die Einbettung in die Bezirksregierung, die Verlagerung der Kompetenz, das Abschneiden von Sachverstand – der Wirtschaft und der Umwelt in diesem Land schadet.

(Beifall von der SPD)

Deshalb, meine Damen und Herren, brauchen wir einen Neuanfang in diesem Land, und der 9. Mai wird diesen Neuanfang bringen. Davon bin ich hundertprozentig überzeugt.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Kollege, wollen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Ellerbrock zulassen?

Johannes Remmel (GRÜNE): Sehr gerne. Ich will eine weitere Bestätigung bekommen, dass sich die FDP durchgesetzt hat.

Präsidentin Regina van Dinther: Wir können eine offizielle Zwischenfrage zulassen.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Kollege, wenn all dies so stimmen würde: Wie kommen dann Umweltverbände dazu, diese Landesregierung in besonderem Maße für ihre Umweltpolitik zu loben und

festzustellen, dass sie noch nie so viel Geld bereitgestellt bekommen haben, dass sie noch nie eine so lange verlässliche Kalkulationsgrundlage, zum Beispiel bei den Biologischen Stationen oder Verbraucherzentralen, bekommen haben? Sind die denn so völlig neben der Spur? Ich finde das ungeheuerlich, wie Sie die in die Ecke stellen. Da bin ich ja noch näher bei denen.

(Beifall von der CDU – Zuruf von der SPD: Ha!)

Johannes Remmel (GRÜNE): Es waren nicht die Umweltverbände. Dieser eine Kollege von diesem einen Umweltverband bedauert diesen einen Satz, den er mal gesagt hat, aber sehr stark, weil er mittlerweile von allen zitiert wird – einschließlich Ihrem Generalsekretär. So war der Satz nämlich genau nicht gemeint. Sie missbrauchen hier die Umweltverbände.

Die Kritik an Ihrer Politik vonseiten der Umweltverbände ist einhellig. Das ist hundertprozentig klar.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Wenn er sich nicht richtig ausdrücken kann!)

– Ja, das ist aber nicht mein Problem. – Das Ganze lässt sich auch an Zahlen deutlich machen. Gerade im originären Naturschutzetat sind die Mittel über die Strecke fast halbiert worden. Das können wir Ihnen auch anhand der Haushaltszahlen nachweisen.

Gestatten Sie mir zum Schluss noch einige Sätze zu unserem Änderungsantrag. Mit diesem kleinen Änderungsantrag möchten wir gerne zumindest ein bisschen Gutes in diese Gesetzesnovellierung einführen. In unserem Landschaftsgesetz war bisher die Kategorie Biosphärenregion nicht vorhanden. Hier schlagen wir vor, sie einzuführen.

Herr Pick, damit wird an den Standards überhaupt nichts verändert. Lediglich der Name Biosphärenregion weicht etwas von der Bundesgesetzgebung ab – wobei die Bundesgesetzgebung genau diese Abweichung erlaubt. Das hat man bei der Novellierung ausdrücklich vorgesehen. Herr Ellerbrock und Herr Pick, genau diese Formulierung ist auch in Baden-Württemberg von einer anderen Farbkombination in das dortige Gesetz eingefügt worden.

Das Ganze hat etwas mit der Kommunikation zu tun. Über Biosphärenreservate haben wir lang und breit geredet. Es geht nicht um den fachlichen Inhalt, sondern um die Frage des Begriffes und der Kommunikation.

Diese Schutzkategorie haben wir in Nordrhein-Westfalen bisher nicht. Wir würden gerne auch in Nordrhein-Westfalen Biosphärenregionen einrichten.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Ich bitte Sie herzlich, wenn Sie diesem Grundgedanken folgen können, unserem Vorschlag zuzustimmen; denn dann besteht die Möglichkeit, eine Lücke, die bei uns derzeit besteht und die Sie nicht gefüllt haben, zukünftig in bestimmten Regionen des Landes schließen zu können.

Präsidentin Regina van Dinter: Herr Remmel, Herr Ellerbrock möchte Ihnen eine weitere Zwischenfrage stellen. Wollen Sie sie auch zulassen, obwohl Ihre Redezeit schon zu Ende ist?

Johannes Remmel (GRÜNE): Sehr gerne.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Kollege Remmel, würden Sie mir zustimmen, dass es sinnvoll ist, wenn Sie in Ihrer Oppositionsrolle und wir in unserer Regierungsrolle in der nächsten Legislaturperiode auf den Umweltminister zugehen und diesen Gedanken aufgreifen, ihn aber mit Begriffen wie „Nationales Naturmonument“ usw. verknüpfen, sodass wir diesen Antrag dann sachgerecht aufarbeiten, um ihn anschließend gemeinsam beschließen zu können? Würden Sie dem zustimmen?

Johannes Remmel (GRÜNE): Wir brauchen in der nächsten Legislaturperiode nicht mehr darauf zurückzukommen; denn wir werden das umsetzen, wenn wir die Möglichkeit haben. Sie können dann gerne Oppositionsanträge stellen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ein solches Handeln können Sie verhindern, indem Sie heute diesem Antrag zustimmen, der fachlich ausgereift und sehr gut formuliert ist. Dann brauchen wir nicht mehr zu darüber reden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zum Schluss halte ich noch einmal fest: In der Tat ist der 9. Mai 2010 ein entscheidendes Datum für die Umweltpolitik in diesem Lande. Wir brauchen eine Veränderung. Die fünf verlorenen Jahre müssen aufgeholt werden. Dafür bitte ich um Ihre Unterstützung und um Zustimmung zu unseren Anträgen. – Vielen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Remmel. – Für die Landesregierung spricht jetzt Umweltminister Uhlenberg.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zunächst ein herzliches Wort des Dankes an die Koalitionsfraktionen sagen, die diese Anträge eingebracht haben und jetzt auch in zweiter

Lesung die Politik der Landesregierung unterstützen. Herzlichen Dank!

Erstens. Herr Abgeordneter Remmel, von einer Verfassungswidrigkeit kann hier natürlich überhaupt keine Rede sein. Herr Prof. Dr. Beckmann und Herr Prof. Dr. Frenz haben dazu ganz klare Aussagen getroffen.

Zweitens. Zu der Rede der Abgeordneten Schulze brauche ich wohl nichts Näheres zu sagen. Sie war so wie die Umweltpolitik der SPD in den vergangenen fünf Jahren:

(Frank Sichau [SPD]: Gut!)

kurz, kraftlos, ohne Inhalte, keine Alternativen. Frau Abgeordnete Schulze, Klaus Matthiesen würde sich im Grabe umdrehen, wenn er Ihre Ansätze für eine Umweltpolitik in Nordrhein-Westfalen heute miterlebt hätte. Da ist einfach nichts dahinter. Sie plappern ein bisschen den Grünen nach. Bei der SPD gibt es im Bereich der Umweltpolitik aber keinen Ansatz mehr. Das muss ich heute einfach einmal so feststellen.

(Beifall von der CDU)

Herr Abgeordneter Remmel, die alte Arroganz in Nordrhein-Westfalen gibt es natürlich seit fünf Jahren nicht mehr. Der ideologische Ansatz in der Umweltpolitik ist vorbei. Wir machen in Nordrhein-Westfalen Umweltpolitik mit den Menschen und nicht gegen die Menschen. Wirtschaftliche Vernunft, soziale Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung – das sind unsere Grundmaximen. Sie haben die Umweltpolitik dieser Landesregierung und dieses Umweltministers in den vergangenen Jahren geprägt.

Das war richtig. Meine Politik war vielleicht nicht schrill; da unterscheide ich mich von meiner Vorgängerin. In der Administration, in der Umsetzung der Umweltpolitik waren dies aber sehr erfolgreiche fünf Jahre.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich darf beispielsweise an den Dialog „Wirtschaft und Umwelt NRW“ erinnern, in dessen Rahmen wir Vertreter von Umwelt und Wirtschaft an einen Tisch geholt haben. Damit haben wir im Industrieland Nordrhein-Westfalen die Lösung der großen Probleme auf den Weg gebracht.

Ich darf auch an das Programm „Lebendige Gewässer“ erinnern. 2.200 km Gewässer werden jetzt wieder in einen natürlichen Zustand versetzt. Bei der Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie steht Nordrhein-Westfalen ganz vornean.

Wir haben die Umweltbehörden modernisiert. Wir mussten zwar sparen. Sie sind aber gut modernisiert worden. Der entscheidende Punkt ist, dass die Umweltstandards in Nordrhein-Westfalen nicht gesenkt worden sind. Das ist wichtig. Wir machen eine ambitionierte Umweltpolitik mit weniger Bürokratie.

(Beifall von CDU und FDP)

Außerdem sorgen wir im Abfallmarkt dafür, dass mehr Markteffizienz für die Entsorgungslandschaft des Landes sich positiv auswirken wird. Das ist auch für unsere Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen gut.

Meine Damen und Herren, als Umweltminister habe ich ein schweres Erbe übernommen. Was war denn mit PFT? Was war denn mit TOSU? Wann sind diese Vorgänge in Nordrhein-Westfalen denn vonstatten gegangen? Das war noch unter der Vorgängerregierung. Und welche Regierung muss diese Flächen sanieren? Welche Regierung hat einen Beitrag dazu geleistet, dass die Industrie modernisiert wurde, sodass wir heute kein PFT und kein TOSU mehr haben? Wir waren es, die das Thema Wasserqualität in den Mittelpunkt der Landespolitik gestellt haben, sodass wir jetzt eine Vorreiterrolle einnehmen.

(Beifall von CDU und FDP)

Früher ist geredet worden, aber nichts dafür getan worden, damit wir in Nordrhein-Westfalen gesunde Gewässer haben. Sie sind ideologisch an die Themen herangegangen und haben weder mit der Wirtschaft noch mit den Menschen gesprochen. – Nein, meine Damen und Herren, Ideologie hat in unserer Umweltpolitik in Nordrhein-Westfalen nichts zu suchen. Das wird nach dem 9. Mai 2010 auch so bleiben.

(Beifall von der CDU)

Wir sind das erste Bundesland, das eine Klimaanpassungsstrategie auf den Weg gebracht hat. Wir sind das einzige Bundesland, das eine Biomassestrategie auf den Weg gebracht hat.

Gleichzeitig haben wir eine Forstreform durchgeführt. Wir haben „Kyrill“ gehabt. Innerhalb weniger Minuten sind 25 Millionen Bäume umgefallen. Fahren Sie heute durchs Sauerland.

(Bodo Wißen [SPD]: Das Forstamt in Kleve haben Sie dichtgemacht!)

– Herr Kollege, der Niederrhein ist ziemlich weit davon entfernt. – Sprechen Sie mit den Waldbauern. Die Leute sind zufrieden. Hier ist sehr viel geleistet worden.

(Beifall von der CDU)

Und was ich überhaupt nicht verstehen kann, meine Damen und Herren: Wenn 0,1 % des Waldes in Nordrhein-Westfalen den Besitzer wechseln, und zwar zu privaten Händen, müssen Sie berücksichtigen, dass zwei Drittel unseres Waldes in Nordrhein-Westfalen von privaten Waldbauern versorgt und gepflegt werden. Dass diese privaten Waldbauern von Ihnen immer wieder an den Pranger gestellt werden, das ist nicht in Ordnung.

(Beifall von der CDU)

Sie werden damit auch der Lebensleistung der Waldbauern im Sauerland und in anderen Regionen nicht gerecht. Sie gehen immer noch nach dem Motto vor: Möglichst alles verstaatlichen! Mehr Bürokratie! Die private Seite nach hinten drängen! – Das war natürlich nicht die Politik dieser Landesregierung.

(Zurufe von der SPD)

Da gibt es große Unterschiede.

Meine Damen und Herren, wir haben auch das modernste Umweltinformationsgesetz auf den Weg gebracht. Wir haben die Landschaftsregionen in Nordrhein-Westfalen, die FFH-Problematik aktualisiert.

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Rechtfertigungsdruck!)

Wir haben ein 100-Alleen-Programm auf den Weg gebracht.

Ich sage das auch noch einmal, meine Damen und Herren, weil Sie es ja nicht ertragen können:

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

In der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen ist noch nie mehr Geld für den Naturschutz und für den Umweltschutz ausgegeben worden als in den Jahren 2009 und 2010.

(Beifall von CDU und FDP)

Lassen Sie mich noch etwas sagen zum Kernbereich meiner Umweltpolitik. Das ist das Thema „Allianz für die Fläche“.

(Zuruf von Johannes Rimmel [GRÜNE])

Wer hat denn vor drei oder vier Jahren davon gesprochen? Es gibt eine Kehrtwende in Nordrhein-Westfalen.

(Zuruf: Wo denn?)

Heute werden weniger Flächen zugebaut.

(Zuruf: Quatsch!)

In der Regierungszeit von Rot-Grün ist das ja noch nicht einmal Thema gewesen. Heute haben wir die „Allianz für die Fläche“ auf den Weg gebracht. Gemeinsam mit den Kommunen, gemeinsam mit allen Akteuren haben wir dieses Thema vorangebracht.

Nein, meine Damen und Herren, Nordrhein-Westfalen haben diese fünf Jahre gut getan. Das war eine realistische, eine gute Umweltpolitik. Die Menschen sind froh darüber, dass wir diese Vorreiterrolle im Bereich der Umweltpolitik in Deutschland eingenommen haben.

(Zuruf von Johannes Rimmel [GRÜNE])

Es denkt keiner mehr an die Ideologiezeit der Grünen in Nordrhein-Westfalen zurück. Die Alternativlosigkeit der Sozialdemokraten hat Frau Abgeordnete

Schulze heute in den ganzen Möglichkeiten, die ihr zur Verfügung stehen, wieder dargelegt. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Minister Uhlenberg. – Meine Damen und Herren, es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Wir kommen somit zu den Abstimmungen.

Wir stimmen erstens ab über den **Änderungsantrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/10785**. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD und Grüne. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Dann ist dieser Änderungsantrag **abgelehnt**.

Wir stimmen zweitens ab über den Gesetzentwurf Drucksache 14/10149. Der Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 14/10729**, den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP unverändert anzunehmen. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – CDU und FDP. Wer ist dagegen? – SPD und Grüne. Wer enthält sich? – Niemand. Dann ist diese Beschlussempfehlung **angenommen** und der Gesetzentwurf in zweiter Lesung verabschiedet.

Wir kommen drittens zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/10801**. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – SPD und Grüne. Wer ist dagegen? – CDU und FDP. Damit ist der Entschließungsantrag **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen, darf ich europäische Gäste in unserem Haus begrüßen. Wir haben 15 Mitglieder des Regionalparlaments Gelderland zu Gast. Sie sind Abgeordnete der Partei der Arbeit in den Niederlanden. Herzlich willkommen bei uns im Landtag Nordrhein-Westfalen!

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, ich rufe den nächsten Tagesordnungspunkt auf:

5 Kontrolle der NRW.BANK durch den Landtag und den Landesrechnungshof sicherstellen

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/10697

Ich eröffne die Debatte und gebe Frau Walsken von der SPD-Fraktion das Wort.

Gisela Walsken (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Mit Ablauf des letzten Jahres hat diese Landesregierung den Kahlschlag im sozialen Wohnungsbau in unserem Land eingeleitet. Getreu dem Motto der Koalition – wir haben es ja gerade in der Debatte noch gehört – „Privat vor Staat“ sind 50 Jahre – ich wiederhole: 50 Jahre – erfolgreicher Wohnungsbaupolitik in Nordrhein-Westfalen beendet worden. Es gibt heute keinen gesetzlichen Schutz des sozialen Wohnungsbaus mehr. 18,5 Milliarden € Wohnungsbauvermögen sind in die NRW.BANK verschoben worden – ein Vermögen, meine Damen und Herren, das die Sozialmieterinnen und -mieter in unserem Land angesammelt haben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Zuruf von der SPD: Das ist wohl wahr!)

Die Zweckbindung, meine Herren, zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus – vielleicht haben Sie das gar nicht mitgekriegt, was Sie da verabschiedet haben – ist verloren, und damit besteht die Gefahr, dass das Vermögen stark vermindert oder sogar vollständig aufgebraucht wird. Denn die NRW.BANK kann ab jetzt deutlich mehr und größere Geschäfte auf dem Kapitalmarkt eingehen. Damit steigt das Risiko möglicher Verluste.

Außerdem, meine Damen und Herren, haftet die Bank als Mutter der Westdeutschen Landesbank anteilig auch für deren Verluste. Die sind ja – oft diskutiert in diesem Haus – bekanntlich milliarden-schwer.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, ein weiterer Sachverhalt wiegt noch viel schwerer. Das Parlament, dieses Haus, und damit die von den Bürgerinnen und Bürgern gewählten Vertreter haben keine Möglichkeit mehr, auf den sozialen Wohnungsbau in unserem Land Einfluss zu nehmen oder gar die Verwendung der Mittel zu kontrollieren und zu überwachen. Über die Verwendung von 18,5 Milliarden € entscheidet zunächst allein und ausschließlich der Vorstand der NRW.BANK. Die Beteiligung des Parlaments ist nicht mehr vorgesehen, ebenso wenig die wohnungspolitische Fachkompetenz.

Meine Damen und Herren, die Intransparenz wird noch größer, weil auch der Landesrechnungshof, wichtigstes Kontrollorgan im Land Nordrhein-Westfalen, keinerlei Kontrolle über dieses Vermögen hat. Weder die wirtschaftliche Verwaltung noch die Verwendung der Fördergelder sind durch den Hof noch überprüfbar. Das ist aus unserer Sicht ein Fehler, der korrigiert werden muss. Denn wie andere Landesrechnungshöfe muss auch der in Nordrhein-Westfalen künftig über den Gesamtumfang des Bilanzvolumens und der Kapitalmarktgeschäfte unterrichtet werden und die wirtschaftliche Verwal-